Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 18. Juni	Nr. 792

Der Führer beglückwünscht den Reichsverweser von Horthy.

Berlin, 18. Juni. Der Führer und Reichskanzler hat Seiner Durchlaucht, dem Reichsverweser des Königsreichs Ungarn, von Horthy, zu seinem heutigen Geburtstage herzliche Glückwünsche übermittelt.

Dr. Schacht bei Reichsverweser von Horthy.

Budapest, 18. Juni. Reichsbankpräsident Dr. Schacht verbringt den Sonnerstag, einer Einladung des Reichsverwesers von Horthy folgend, der am heutigen Tage seinen 68. Geburtstag feiert, auf dem dem Reichsverweser gehörigen Landsitz Kenderes. In den Vormittagsstunden begab sich Dr. Schacht in Begleitung des ungarischen Notenbankpräsidenten Dr. Imredy nach dortihin. Auch das deutsche Gesandtenpaar von Mackensen ist Gast des Reichsverwesers.

Die ungarische Presse zum Besuch Dr. Schachts.

Budapest, 18. Juni. Die der Regierung nahestehenden Blätter würdigen am Donnerstag an leitender Stelle Persönlichkeit und Leistungen des deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Der **Pester Lloyd**, der bei solchen Gelegenheiten die Auffassung maßgebender Kreise wiederzugeben pflegt, schreibt, Ungarn begrüße in Dr. Schacht nicht nur den Leiter der deutschen Währungspolitik, sondern auch den Wirtschaftspolitiker von überragender Bedeutung, der an der Neuorientierung der deutschen Außenpolitik entscheidend mitgewirkt habe, und auf den der außerordentliche Ausbau der Handelsbeziehungen Deutschlands zurückzuführen sei. Der Besuch zeige, daß Ungarns Bedeutung als Bezugsland und Absatzgebiet für Deutschland in Berlin höher geschätzt werde als bisher. Die ungarische Oeffentlichkeit begrüße den hervorragenden Vertreter des großen befreundeten Landes in der Ueberzeugung, daß sein Besuch nachhaltige Spuren in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Ungarn zurücklassen werde.

Das Regierungsblatt **Budapesti Hirlap** schildert eingehend den Kampf Dr. Schachts gegen die Tributpolitik, seine hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Währungspolitik und betont, daß das Deutsche Reich sich gegenwärtig auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet planmäßig fortentwickele. Der Zweck der Reise des deutschen Reichsbankpräsidenten sei, in den Staaten, die mit der deutschen Volkswirtschaft in lebhafter Wechselwirkung stünden, die sich aus dem gegenseitigen Waren- und Zahlungsverkehr ergebenden Fragen zu erörtern. Die gesamte ungarische Oeffentlichkeit begrüße den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aufs herzlichste. Gemeinsame Interessen und übereinstimmende Gesichtspunkte in der Entwicklung der Handelsbeziehungen verbänden Deutschland und Ungarn. Ungarn habe volles Vertrauen, daß Dr. Schacht eine befriedigende Lösung für alle Fragen finden werde.

Landesgruppenleiter Reitzenstein aus Paraguay heimgekehrt.

Hamburg, 18. Juni. Mit dem Dampfer „Madrid" traf am Donnerstag der Landesgruppenleiter von Paraguay der Auslandsorganisation der NSDAP, Major a. D. Reitzenstein, ein, um jetzt ständig in der Heimat zu bleiben. Als der Dampfer festgemacht hatte, begaben sich der Leiter der Auslandsorganisation, Gauleiter Bohle, sowie dessen Vater, der frühere Landesgruppenleiter Südafrikas, Professor Dr. Bohle, und weitere Amtsleiter der Auslandsorganisation an Bord, um Reitzenstein den Willkommensgruß zu entbieten.

Landesgruppenleiter Reitzenstein steht im 58. Lebensjahr. 1920 wanderte er nach Paraguay aus und gründete dort 1930 die erste Auslandsgruppe der NSDAP in Uebersee.

Anläßlich der Rückkehr Reitzensteins haben der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, sowie Gauleiter Bohle dem Heimkehrenden Begrüßungstelegramme entgegengesandt. Das Telegramm des Stellvertreters des Führers lautet:

„Anläßlich Ihrer Heimkehr in das neue Deutschland begrüße ich Sie als den nach dem Tode Gustloffs dienstältesten Landesgruppenleiter der NSDAP aufs herzlichste.

(gez.) Rudolf Heß."

Die Tagung der internationalen Reisebüros in Berlin.

Berlin, 18. Juni. Die Leiter der führenden Reiseunternehmen Europas, zusammengeschlossen in der Association des Grandes Organisations de Tourisme (Agot) tagten am 16. und 17. Juni in Berlin. Am Dienstag wurden die Teilnehmer der Tagung, wie bereits gemeldet, im Reichspropagandaministerium von Staatsminister a. D. Esser empfangen.

Am Abend versammelten sich die Teilnehmer des Kongresses zu einem Beisammensein im Hotel Kaiserhof. Direktor Dr. Knuth des MVW begrüßte die Gäste, unter denen sich die Staatssekretäre Funk und Königs, ferner Generaldirektor Dr. Dorpmüller sowie zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und aller Verkehrsorganisationen befanden. Staatssekretär Funk vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda begrüßte die ausländischen Gäste im Namen der Reichsregierung. Unter anderem führte er aus:

Die Deutsche Reichsregierung messe dem Verkehr und insbesondere dem Fremdenverkehr eine hohe Bedeutung bei. Für sie sei der Fremdenverkehr nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine staatspolitische Angelegenheit. Das nationalsozialistische Deutschland habe dem Fremdenverkehr einen ganz gewaltigen Impuls gegeben. Der Fremdenverkehr werde in Deutschland staatsautoritär geleitet und zentral geregelt. Den großen Aufschwung verdanke der Fremdenverkehr in Deutschland dem Führer. Durch ihn seien Verkehrsprojekte in Angriff genommen, die in der Welt einzig dastünden. Die Nationalsozialisten seien verkehrsbegeisterte Menschen. Der Verkehr bringe vorwärts, und wir streben unaufhaltsam vorwärts in dem politischen Kampf für ein neues Deutschland, das wieder Kraft, Macht und Ehre besitze und frei sei. Die Leiter der internationalen Reisebüros seien durch ihren Beruf berufen, Wahrheit und Klarheit in der Welt über das nationalsozialistische Deutschland zu verbreiten.

Der Präsident der Agot sprach hierauf herzliche Worte des Dankes, denen sich die Vertreter Englands und Frankreichs anschlossen.

Zum Schluß ergriff nach Generaldirektor Dr. Dorpmüller das Wort. Er führte aus, die Leiter der großen internationalen Reisebüros seien die Gesandten des Verkehrs. Sie hätten die überaus wichtige und dankbare Aufgabe, Freundschaft und Liebe zwischen den einzelnen Völkern herbeizuführen.

Die Tagung der Agot, an der Vertreter von 16 Nationen teilnahmen, wurde am Mittwoch geschlossen.

Der Ueberfall auf Minderheitendeutsche in Nudultau.

Kattowitz, 18. Juni. Im Zusammenhang mit dem Ueberfall von Aufständischen auf eine Versammlung von Minderheitendeutschen in Nudultau, bei dem 60 Minderheitendeutsche verletzt wurden, hat der deutsche Senator Wiesner, der Vorsitzende der Jungdeutschen Partei in Polen, bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Rybnik Strafantrag gegen die an dem Ueberfall beteiligten Mitglieder des Aufständischen-Verbandes gestellt.

In dem Strafantrag werden außer einer eingehenden Schilderung der Vorkommnisse 20 Namen von bekannten Aufständischen genannt, die als Schuldige in Frage kommen. Der Staatsanwalt wird ersucht, gegen die Schuldigen gerichtliche Schritte zu unternehmen. Dem Strafantrag sind ärztliche Atteste der Verletzten und eidesstattliche Erklärungen der überfallenen Minderheitendeutschen beigefügt.

Gleichzeitig hat Senator Wiesner den Ministerpräsidenten Sladkowski sowie den schlesischen Wojewoden Gracznyski von diesem Schritt in Kenntnis gesetzt und ihnen gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, daß der Gerechtigkeit Genüge gelan werde.

Eine weitere Labour-Anfrage im Unterhaus.

London, 18. Juni. Im Verlauf der Unterhaussitzung am Mittwoch richteten der Abgeordnete der Labourpartei an die Vertreter der Regierung Anfragen über den Privatbesuch des Herrn von Ribbentrop in England und Nordirland während der Pfingstfeiertage.

Der Abgeordnete Ellis Smith fragte den Premierminister, ob er das Haus über den Zweck des Besuches Ribbentrop in London und Belfast während der ersten Junimoche unterrichten könne. Baldwin erwiderte, er besitze keine andere Information darüber als das, was in der Presse erschienen sei, wonach der Besuch ein Privatbesuch gewesen sei.

Da sowohl der Abgeordnete Ellis Smith wie der Abgeordnete Thurtle von der Labourparty viel Aufsehens davon machten, daß der Stabschef der englischen Luftflotte, Sir Edward Ellington, während der Pfingstage ebenfalls Gast von Lord Londonderry gewesen sei und da sie wissen wollten, ob die Zusammenkunft irgendeine Bedeutung habe, stellte Baldwin fest, daß ihm die Einstellung der beiden Arbeiterabgeordneten unverständlich sei. Er persönlich sei der Ansicht, daß angesichts des gegenwärtigen Zustandes Europas gesellschaftliche und freundschaftliche Begegnungen zwischen solchen Männern durchaus natürlich seien.

Eden bei Baldwin.

London, 18. Juni. Außenminister Eden suchte am Donnerstag vormittag vor der Aussprache im Unterhaus den Premierminister Baldwin auf.

Kabinettsrat in Paris.

Paris, 18. Juni. Unter Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Daladier trat am Donnerstag das Kabinettsrat zusammen.

Ministerpräsident Blum wohnte dem Kabinettsrat nicht bei, da er zur gleichen Zeit im Senat über die 40-Stunden-Woche sprach.

Landwirtschaftsminister Monet trug dem Rat zunächst einen Gesetzesvorschlag über die Einführung eines Getreideamtes vor.

Auf Verlangen des Innenministers Salengre hat der Rat eine Reihe von Gesetzesvorlagen angenommen, die die Auflösung der Kampforganisationen und privaten Milizen verfügen. Die verlautet, fallen unter diese neue Bestimmung die „Croix de feu", die „Jeunesse patriote", die Francisten und die „Solidarité française".

Finanzminister Vincent Auriol entwickelte anschließend in großen Zügen die Rede, die er am Nachmittag vor der Kammer über die finanzielle Lage des Landes halten wird.

Der Finanzminister wurde bevollmächtigt, Gesetzesvorlagen einzubringen, die für die Verteidigung der Währung und für den Kampf gegen Finanzbetrügereien bestimmt sind. Gleichzeitig wurde Vincent Auriol bevollmächtigt, eine Vorlage einzubringen, die die Satzungen der Bank von Frankreich abändern soll, damit in der Verwaltung der Bank die wirtschaftlichen Interessen des Landes gewährleistet bleiben.

Der Arbeitsminister schließlich erhielt die Ermächtigung, eine Gesetzesvorlage in der Kammer einzubringen, die die Trinkgelder abschaffen soll.

Der Minister für nationale Verteidigung Daladier machte zum Schluß nähere Angaben über die Vorlage, die für die Nationalisierung der Fabrikation des Kriegsmaterials und des Handels mit Kriegswaffen bestimmt ist.

Von der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 18. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz hat die Schlußkommensentwürfe über die Einführung der 40-Stunden-Woche in der Textilindustrie und im Hoch- und Tiefbau gegen die Stimmen der Arbeitgeber und einiger Regierungsvertreter angenommen.

Nach der Geschäftsordnung muß im nächsten Jahr eine erneute Aussprache und Abstimmung stattfinden, ehe die beiden Abkommen zur Ratifizierung aufgelegt werden können. Ein Antrag der Arbeitnehmer, das Verfahren in diesem Falle abzukürzen und die diesjährige Abstimmung als endgültig zu betrachten, wurde abgelehnt.

Oeffentliches Konsistorium in der Peterskirche.

Rom, 18. Juni. Papst Pius XI. hat am Donnerstag vormittag in der Peterskirche ein öffentliches Konsistorium abgehalten, um den von ihm ernannten Kardinälen den Kardinalshut zu verleihen. Anschließend fand ein geheimes Konsistorium statt, bei dem den neuen Kardinälen vom Papst der Kardinalsring überreicht worden ist.

Finnische Regierung gegen kriegerische Machenschaften.

Helsingfors, 18. Juni. In ausländischen, vor allem französischen Zeitungen, sind bald während eines Jahres ununterbrochen Angaben und Behauptungen erschienen, wonach Finnland und gewisse andere Staaten ein Ränkespiel gegen die Sicherheit der Sowjetunion betrieben und sogar heimlich rüsteten. Diese Behauptungen sind in ihrer Grundlosigkeit derart phantastisch gewesen, daß die Regierung es nicht als mit ihrer Würde vereinbar betrachtet hat, sie mit Ausnahme von einigen Einzelfällen zu dementieren. Dieser Tage sind in französischen und anderen Blättern erneut ähnliche Anschuldigungen gegen Finnland erschienen, diesmal in der Form, daß von finnischer Seite wiederum Verhandlungen mit den Vertretern sogar von drei ausländischen Mächten über eine Kriegspolitik der oben angedeuteten Art eingeleitet worden seien und daß man außerdem gerade im Begriff sei, gegen das genannte Land ein Militärabkommen abzuschließen, an dem Finnland mitwirken und teilnehmen würde.

Die Regierung Finnlands bezeichnet die Behauptungen, in denen Finnland beschuldigt wird, Ränke gegen die Sicherheit oder Unversehrheit der Sowjetunion zu spinnen oder eine militärische oder andere Tätigkeit zu demselben Zwecke auszuüben, als abstrakte Lügen. Die Regierung Finnlands betrachtet die Verbreitung derartiger grundloser Behauptungen als eine absichtliche feindliche Machenschaft gegen Finnland, dessen Außenpolitik zur Sicherstellung der Integrität des Landes bestrebt gewesen ist, sich nur auf den Völkerbund und die übrigen nordischen Staaten zu stützen.

Vorgehen gegen die Madrider Anarchosyndikalisten.

Madrid, 18. Juni. Der Generaldirektor der spanischen Polizei teilte der Presse mit, daß der am Mittwoch auf ein großes Madrider Kaffeehaus verübte Ueberfall von Anarchosyndikalisten organisiert worden sei und daß er aus diesem Grunde die Schließung des anarchosyndikalistischen Gewerkschaftshauses angeordnet habe.

Beginn der Niederlegung der Altstadt Jaffas.

Jerusalem, 18. Juni. Die am 16. Juni von der Regierung beschlossene Niederlegung der Altstadt Jaffas ist umgehend in die Tat umgesetzt worden. Mit den Abbrucharbeiten wurde am Donnerstag begonnen. Die durch die Niederlegung des Viertels betroffenen Familien erhalten außer einer Entschädigung vorläufig freie Unterkunft und nötigenfalls eine Geldunterstützung.

Wegen telegraphischer Proteste des Streikkomitees von Jaffa an die Regierung wurde der Stadtrat, ähnlich wie in Haifa, wegen politischer Widerstandes aufgelöst und durch eine von der Regierung ernannte Kommission ersetzt. Den Vorsitz dieser Kommission führt der bisherige Bürgermeister, seine Mitglieder setzen sich aus Arabern, Juden und Engländern zusammen.

Die Beschießungen von Militärpatrouillen und Eisenbahnzügen sowie der Polizei setzen sich fort; dennoch scheint die scharfe Grenzüberwachung der illegalen Waffeneinfuhr bei den Terroristen bereits Munitionsmangel hervorzurufen.

Blutiger Zwischenfall in Kwangsi.

Schanghai, 18. Juni. Wie aus Hongkong gemeldet wird, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Zivilbevölkerung und Militär in der Nähe von Wutschau im Südosten von Kwangsi. Hier widersetzten sich drei Dörfer den Zwangsaushebungen. Die Bewohner hielten die Kommandantur in Brand und ermordeten mehrere Offiziere. Die Unruhen wurden erst nach schwerem Kampf mit den Dorfbewohnern durch drei Kompanien aus Wutschau unterdrückt. Mehrere Zivilisten fielen, zahlreiche wurden verwundet.

Steuersteckbriefe und Vermögensbeschlagnahmen.

Berlin, 18. Juni. Gegen die nachstehend aufgeführten Steuerpflichtigen sind Steuersteckbriefe erlassen worden:

1. Frau Hulda Salomonski, geb. Markus, zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg, Badenschestr. 53, zur Zeit in Prag, na Slupi Nr. 8, vom Finanzamt Schöneberg wegen Reichsfluchtsteuer von RM 30.465.—,
2. der praktische Arzt Dr. med. Moritz Heinemann und dessen Ehefrau Else, geb. Katzenstein, zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln, Bergstr. 140, zur Zeit in Italien in Bellagio am Comersee, Ristorante Silvio, vom Finanzamt Neukölln-Süd wegen Reichsfluchtsteuer von RM 43.217.—,
3. der frühere Rechtsanwalt und Notar Dr. Paul Heinemann, zuletzt wohnhaft in Hagen (Westf.), Hallestr. 38, jetzigen Aufenthalt wahrscheinlich New York City, 810 W., 183 th Street Apt. 3 A, vom Finanzamt Hagen (Westf.), wegen Reichsfluchtsteuer von RM 12.500.—,
4. der Geschäftsführer Berthold Ullendorff, zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg, Berchtesgadener Straße 24, zur Zeit in der Schweiz (Zürich), vom Finanzamt Schöneberg wegen Reichsfluchtsteuer von noch RM 12.096.25,
5. Frau Johanna Zander, geb. Guttmann, zuletzt wohnhaft in Berlin C 27, Holzmarktstr. 59, zur Zeit in Buenos Aires, Avenida Quintana 83, vom Finanzamt Alexander wegen Reichsfluchtsteuer von RM 81.812.50.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die oben genannten Steuerpflichtigen, falls sie im Inland betroffen werden, vorläufig festzunehmen und unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, zuzuführen.

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LOS ANGELES

Verantwortlich: Kurt Sommer, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.